

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 06.09.2023

A) Öffentliche Sitzung

TOP 9	Nicht verwendete Mittel Personalkosten sowie Haushaltsrisiken 2023 hier: Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWV	A 137/2023
	Verwaltungsergänzung	24.08.2023 Z 1

Frau Stolz, CDU, dankt der Verwaltung für die eingebrachte Verwaltungsergänzung. Sie habe sich die vorliegenden Zahlen angeschaut und festgestellt, dass man im Bereich der Personalkosten ca. 2,4 Mio. Euro zu hoch angesetzt habe. Hier habe man einen höheren Steigerungssatz von 8 % angesetzt. Insgesamt ergäbe sich eine Verbesserung im Haushalt von ca. 2,5 Mio. Euro. Im kommenden Haushaltsjahr sei mit stark zuschlagenden Personalkosten zu rechnen. Die CDU-Fraktion stelle daher den Antrag, einen Betrag i.H.v. 2,5 Mio. Euro im kommenden Haushalt aus der Rücklage herauszuholen. Dennoch müsse ein gewisser Sockel im Rahmen eben dieser Rücklage gewährleistet sein. So könnten die im nächsten Jahr zu erwartenden Mehrkosten im Rahmen der Personalausgaben abgedeckt und die Kommunen entlastet werden.

Herr Grutke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stellt fest, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN diesen Weg mitgehen würde. Wenn man eine Option habe den Haushalt zu verbessern, müsse diese genutzt werden.

Herr Hessenius, Kreiskämmerer und GBL III, führt aus, dass insbesondere in den Bereichen der flüchtlingsbedingten KdU und der Kindergärten zurzeit noch keine belastbaren Zahlen vorliegen würden. Wenn Verbesserungen vorlägen, welche sich bis zum Haushaltsabschluss abzeichnen würden, könnten diese schon für das Jahr 2024 genutzt werden. Man müsse aufpassen nicht mehr zu entnehmen, als tatsächlich schlussendlich in der Rücklage gewesen wäre. Allerdings wolle man sich aufgrund der v.g. Aspekte verwaltungsseitig nicht auf einen festen Betrag festlegen. Dennoch könne eine gewisse Absichtserklärung formuliert werden.

Herr Waasem, SPD, erklärt, dass man den Antrag unter den Maßgaben des Kämmerers mittragen könne. Man brauche eine gewisse Flexibilität im Beschluss um reagieren zu können.

Herr Grutke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schlägt vor, den Betrag i.H.v. 2,5 Mio. Euro anzusetzen. Dieser könne, wenn der Verwaltung neue Erkenntnisse vorliegen würden, entsprechend korrigiert werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende lässt über folgende neu eingebrachte Beschlussempfehlung abstimmen:

Der Kreistag beabsichtigt, im Jahresabschluss 2023 voraussichtlich entstehende Verbesserungen in Höhe von 2,5 Mio. € bereits im Haushaltsjahr 2024 durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage kreisumlagemindernd einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig